

## Fehlende Transparenz

OECD fordert strengere Regeln bei Parteifinanzierung

**Paris/Bern.** Die Finanzierung von Parteien muss aus Sicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) strenger reguliert und kontrolliert werden. «Politikgestaltung sollte nicht zum Verkauf stehen an den Meistbietenden», warnte OECD-Chef Angel Gurría gestern.

Gurría präsentierte in Paris eine Studie zur Parteifinanzierung der 34 in der OECD zusammengeschlossenen Staaten. Durch die zunehmende Globalisierung und Internationalisierung von Geldgebern werde die Kontrolle von Parteifinanzierung erschwert, heisst es in der Studie. Nur in neun Ländern muss die Herkunft von Spenden aufgeführt werden. In 16 Ländern sind Obergrenzen für die Ausgaben von Parteien und Kandidaten definiert.

### Kritik an der Schweiz

Der Schweiz wurde in dem Bericht kein gesondertes Kapitel gewidmet. Hingegen hatte die Greco, die Staatengruppe des Europarates gegen Korruption, die Schweiz wiederholt wegen fehlender Transparenz bei der Parteifinanzierung kritisiert, so zuletzt im Herbst 2015. Seit Schweden 2014 eine entsprechende Gesetzgebung verabschiedet hat, ist die Schweiz das einzige Land im Gremium ohne Transparenz.

Seit der Länderprüfung im Jahr 2011 steht die Schweiz bei der Parteifinanzierung in der Kritik. Aber auch im Korruptionsstrafrecht wurden Lücken festgestellt. Die Greco äusserte im vergangenen Herbst die Hoffnung, dass sich die Situation dank einem eventuellen Wechsel der politischen Mehrheiten oder dem positiven Beispiel einiger Kantone weiterentwickle. SDA

## «Intelligente Bündelung»

Bern und Wallis wollen Bahntunnel durch die Grimsel

**Bern.** Ein neuer Schmalspurbahntunnel durch die Grimsel soll in zehn Jahren das Berner Oberland mit dem Wallis verbinden. Diese Idee verfolgen die Kantone Bern und Wallis. Mit an Bord ist auch die Stromnetzbetreiberin Swissgrid. Diese würde Starkstromleitungen durch den Tunnel ziehen. Das Projekt sei eine «intelligente Bündelung von Infrastrukturen», betonte die Berner Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer gestern vor den Medien in Bern.

Die Schmalspurbahn soll von Meiringen im Berner Oberland bis nach Oberwald im Wallis führen. Kernstück der Strecke ist ein rund 22 Kilometer langer Tunnel ab Innertkirchen durch die Grimsel. Die Projektverantwortlichen rechnen mit einer Wertschöpfung für die Region von rund fünf Millionen Franken. 2018 soll das Konzessionsgesuch eingereicht werden. Die Projektierungskosten werden mit rund sechs Millionen Franken veranschlagt. SDA

# Unterstützung für die Juso

Landwirtschaftsverbände befürworten Spekulationsstopp-Initiative



«Ein Zeichen der Solidarität». Ein Landwirt füllt einen Maisspeicher nahe Freiburg im Breisgau. Foto Keystone

Von Vera Tschan, Bern

Die Spekulationsstopp-Initiative der Juso hat bis anhin noch nicht viele Anhänger gefunden. Die Jungsozialisten werden nun von der Landwirtschaft unterstützt.

Verschiedene Landwirtschaftsorganisationen wie Bio-Suisse, Uniterre, Agrarallianz oder die Kleinbauernvereinigung informierten gestern über die Argumente für ein Ja, das spekulative Geschäfte mit Agrarderivaten in der Schweiz verbietet. Tenor an der Medienkonferenz war, dass die Spekulationen

am Finanzmarkt die Nahrungsmittelpreise steigen lassen und die Schweiz ein Zeichen der Solidarität gegenüber den Bauern in südlichen Ländern setzen müsse. Wieso die Bauern genauso von erhöhten Nahrungsmittelpreisen betroffen sind, zeigte sich 2007 in der Tortillakrise in Mexiko. Von dem damaligen Maispreisanstieg war nicht die ärmere Stadtbevölkerung am stärksten betroffen, sondern die Kleinbauern, die darauf angewiesen sind, ihre Ernte zu verkaufen. Viele Kleinbauern konnten nicht genügend Mais für den Eigenbedarf produzieren und mussten so selbst Mais

einkaufen. Der Preis entsprach damals nicht dem durch Angebot und Nachfrage definierten Marktpreis, sondern wurde durch Spekulationen in die Höhe getrieben. Die Initiative will solche spekulative Finanzgeschäfte mit Derivaten verbieten, solange sie sich auf die Agrarrohstoffe oder Nahrungsmittel beziehen.

Bundesrat und Parlament empfehlen, die Initiative abzulehnen. Sie sei zwar gut gemeint, würde die beabsichtigte Wirkung jedoch verfehlen: «Stattdessen würde sie Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gefährden», teilt die Bundeskanzlei mit.

## «Der Bundesrat übertreibt wieder»

Nationalrätin Maya Graf über Verantwortung und Angstmacherei der Regierung

Von Vera Tschan, Bern

**BaZ:** Die Initianten meinen, Hungerkatastrophen mit dem Spekulationsverbot mindern zu können, obwohl der Zusammenhang von Spekulation und Nahrungsmittelpreisen nicht bewiesen ist. Verbreiten Sie leere Versprechen?



**Maya Graf:** Nein, immer mehr Studien belegen, dass Spekulationen die Nahrungsmittelpreise beeinflussen. Preiserhöhungen stürzen Menschen in Entwicklungsländern schnell in Verschuldung und Hunger. Diese Spekulationen haben besonders in den letzten 15 Jahren, nach der Dotcom-Blase und nach der Immobilienkrise zugenommen.

**Sie sprechen von Solidarität gegenüber den südlichen Ländern. Wie wirken sich die Spekulationen auf die Schweizer Landwirtschaft aus?**

Auf der einen Seite sind auch wir in der Schweiz auf fairen Handel angewiesen, da die Weltmarktpreise Einfluss auf unsere Preise haben. Andererseits haben wir eine ernstzunehmende Verantwortung. Wir sind ein kleines Agrarland, aber im Rohstoffhandel eine Grossmacht. Zudem sollten wir Bauernfamilien uns mit unseren Kollegen im Süden solidarisch zeigen. Sie geben 50 bis 80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus.

**Der Schweizerische Bauernverband (SBV) hat eine Stimmfreigabe beschlossen. Wie erklären Sie sich das?**

Ich bedauere diesen Entscheid sehr, ich hätte mir gewünscht, dass der SBV mutiger ist und sich aus Solidarität und Verantwortungsbewusstsein dafür einsetzt. Ich bin aber überzeugt, dass viele Schweizer Bauernfamilien unserer Meinung sind und Ja stimmen.

**Das Initiativkomitee wirbt mit dem Slogan «Mit dem Essen spielt man nicht». Ist das nicht zu moralisierend?**

Nein, denn es handelt sich hierbei um unser tägliches Essen und ist Teil unserer Erziehung. Beim Weizen wird beispielsweise mit viel grösseren Mengen gehandelt, als effektiv geerntet wurde. Dieser Wahnsinn wird mit dem Slogan bildlich dargestellt.

**Der Bundesrat argumentiert, mit der Annahme der Initiative würde der Wirtschaftsstandort Schweiz geschwächt werden. Kann die Schweiz einen solchen Schaden verkraften?**

Der Bundesrat übertreibt leider wieder einmal. Die Initiative besagt nämlich, dass terminliche und preisliche Absicherungen weiterhin zulässig sind. Wir regulieren den Finanzmarkt ständig, um faire Finanztransaktionen zu ermöglichen. Wir haben gerade als reiche Schweiz eine Verantwortung, diese Regeln zu definieren und diese in internationale Organisationen zu bringen. Das Verbot der reinen Finanzspekulation wäre ein Meilenstein. Es geht um das Recht auf Nahrung.

## Nachrichten

### Referendum gegen «Schnüffelstaat» steht

**Bern.** Das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz ist zustande gekommen. Von den eingereichten 56347 Unterschriften sind 56055 gültig, wie die Bundeskanzlei gestern mitteilte. Die Unterschriften waren gesammelt worden vom «Bündnis gegen den Schnüffelstaat», einer Allianz aus Juso-, Grünen- und SP-Vertretern sowie Organisationen wie etwa die Digitale Gesellschaft oder Grundrechte.ch. SDA

### Aus Berner Jugendheim wird Asylunterkunft

**Bern.** Das Jugendheim Prêles im Berner Jura wird Ende 2016 geschlossen. Zur Begründung verweist der Kanton Bern auf die Unterbelegung. In den Räumlichkeiten sollen künftig Asylbewerber und Ausschaffungshäftlinge leben. In den letzten fünf Jahren sei die Zahl der Jugendurteile mit stationärer Massnahme gesamtschweizerisch um 70 Prozent zurückgegangen. Dieser erfreuliche Trend habe unerfreuliche Auswirkungen auf das Jugendheim Prêles, hielt der Polizeidirektor Hans-Jürg Käser gestern fest. SDA

### Über 100000 zusätzliche Fahrzeuge unterwegs

**Bern.** Ende 2015 waren in der Schweiz 5,9 Millionen motorisierte Fahrzeuge gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg um 102000 Fahrzeuge oder um 1,8 Prozent. Der Gesamtbestand aller in der Schweiz gemeldeten Fahrzeuge hat damit einen neuen Höchststand erreicht. Über die letzten 25 Jahre betrachtet hat der Motorfahrzeugbestand um 56 Prozent zugenommen, wie das Bundesamt für Statistik gestern mitteilte. SDA

### Verbot des Pestizids Glyphosat gefordert

**Bern.** 25340 Menschen fordern mit Greenpeace, den Ärztinnen und Ärzten für Umweltschutz sowie der Stiftung für Konsumentenschutz ein Verbot des Pestizids Glyphosat in der Schweiz. Sie haben gestern eine entsprechende Petition eingereicht. Glyphosat sei das meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel der Schweiz, teilten die Organisationen mit. Jährlich würden 300 Tonnen davon versprüht. Das Herbizid ist von der WHO als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft worden. SDA

### Zusammenarbeit mit Stiftung gestoppt

**Bern.** Der Bund löst die Zusammenarbeit mit der ch Stiftung für eigenössische Zusammenarbeit auf. Diese fördert unter anderem den sprachlichen Austausch in der Schweiz. Eine Untersuchung hatte letztes Jahr gröbere Mängel bei der Organisation ans Licht gebracht. Es fehle an einer Strategie, die Performance sei schlechter, als nach aussen hin dargestellt, hiess es in dem Bericht. SDA

ANZEIGE


  
 SEMINAR- UND WELLNESSHOTEL
   
 STOOS
   
 ★★★★★



## Wellness-Oase

Entdecken Sie die Wellness-Oase der Zentralschweiz und erholen Sie sich inmitten der wunderschönen Bergwelt.

- 2 Übernachtungen im Doppel- oder Einzelzimmer
- Reichhaltiges Frühstücksbuffet
- 2x 4-Gang Wahl-Menü
- Auswahl aus: Body Detox, Softpack-Behandlung, (Paar-)Bad
- Freie Benützung von Wellness & Spa

Ab CHF 290.00 pro Person

Seminar- und Wellnesshotel Stoos | Tel. +41 41 817 44 44  
info@hotel-stoos.ch | www.hotel-stoos.ch